



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/233 - 6.10.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Interzonenhandel nicht gesichert	S. 1
Bruchstellen in der Sowjet-Wirtschaft	S. 3
FDP wünscht Horst-Wessel-Lied	S. 5

## Freie Fahrt nach Berlin !

Von Willy Brandt, M.d.B.

Der verspätete Abschluß des Interzonen-Handelsvertrages hat den Berlinern leider nicht die erhoffte Garantie freier Verkehrsverbindungen mit dem Westen gebracht. Die Nachhaber in Karlshorst und Pankow scheinen gar nicht daran zu denken, ihre Politik der Nadelstiche aufzugeben. An einem Tag halten sie Berliner Exportgüter in Helmstedt an, um sich am nächsten Tag mit "Mißverständnissen" auszureden. Der Anfang September willkürlich eingeführte Straßenzoll für die Strecke Helmstedt-Berlin ist bestehen geblieben, bei Unterzeichnung des Interzonenvertrages allerdings auf ein erträglicheres Maß herabgesetzt worden.

Es wird erst noch im einzelnen untersucht werden müssen, ob bei den Verhandlungen über den neuen Interzonenvertrag alles herausgeholt wurde, was für den Westen und Berlin herausgeholt werden konnte. Jene westdeutschen Industriekreise haben jedenfalls keinen besonderen politischen Instinkt bewiesen, die öffentlich und unter der Hand auf die Bundesregierung einredeten, sie möge den Vertrag auch ohne die ursprünglich geforderten und bereits formulierten Verkehrsgarantien unterzeichnen lassen. Ganz zu schweigen von den Raubrittern des illegalen Ost-West-Handels, die trotz aller Versuche der Verniedlichung weiterhin tätig sind und in nicht geringem Maße zur Schwächung der westlichen Position beigetragen haben.

Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß das Gesetz des Handelns weitgehend durch die drei westlichen Alliierten bestimmt wurde. Sie sind primär verantwortlich für die Sicherheit und Versorgung der Berliner Westsektoren. Sie haben sich andererseits keine vertraglichen Regelungen (abgesehen von den unzulänglichen Pariser Abmachungen nach Aufhebung der Berliner Blockade) des Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen zu sichern verstanden. Energische Gegenmaßnahmen gegen die sowjetischen Drosselungsversuche sind erwogen, aber nicht durchgeführt worden.

Die Westmächte haben sich offenbar von dem Bestreben leiten lassen, eine unnötige Verschärfung der Situation in Berlin wenn irgend möglich zu vermeiden. Sie haben sich daher außer Protesten in der Hauptsache darauf beschränkt, der Ausfuhrdrosselung durch eine "kleine Luftbrücke" zu begegnen. Allen Beteiligten war jedoch auch insofern eine Grenze des Verhandeln gesetzt, als ein Nichtzustandekommen des Interzonenvertrages nicht allein die Wirtschaft der Sowjetzone (und damit die Lieferungen an die Sowjetunion) betroffen hätte. Berlin wäre insofern hart betroffen gewesen, als es für seine Versorgung mit Hausbrand-Briketts fast ganz auf die Lieferungen aus der Sowjetzone angewiesen ist.

Nun scheint es uns jedoch darauf anzukommen, daß das Thema der Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und dem Westen nicht zu den Akten gelegt wird. Wenn die bei der Unterzeichnung des Interzonenvertrages abgegebenen Erklärungen nicht eine bloße Phrase sein sollen, muß der Osten wissen, daß die für ihn nicht uninteressanten Lieferungen aus der Bundesrepublik tatsächlich aufhören werden, falls der Berlin-Verkehr weiterhin behindert wird. Darüberhinaus sollte es aber ein Anliegen sowohl der deutschen wie der west-alliierten Politik sein, mit allen geeigneten Mitteln dahin zu wirken, daß vertragliche Regelungen erzielt werden, durch die Berlin freie und gesicherte Zufahrtswege erhält. Es handelt sich hier gewiß nur um einen kleinen Teil des gesamtdeutschen Problems, aber um ein solches Teilgebiet, auf dem die sich wandelnden Kräfteverhältnisse mit Vorteil zur Geltung kommen könnten.

Der "Große Stalin-Aufbauplan" in Schwierigkeiten

H.H. - London

Vor rund 14 Monaten wurde der "Große Stalin-Aufbauplan" verkündet. Die "Verwandlung der Natur" Südrusslands und Westasiens durch Kanalbauten und Waldpflanzungen, sowie durch Errichtung riesiger Kraftwerke sollte zusätzlich zu den im kommenden Fünfjahres-Plan vorgesehenen Leistungen wieder einmal "die ökonomische Grundlage des Kommunismus errichten".

Um andere Pläne ist es inzwischen still geworden, vor allem um den neuen Fünfjahres-Plan, der nach Ablauf des ersten Nachkriegs-Fünfjahres-Planes am Ende des Jahres 1950 fällig war; aber der "Große Stalin-Aufbauplan" füllt noch immer die Spalten der Sowjet-pressen. Dies steht vor allem in Gegensatz zu dem anderen Sonderplan, der am Beginn des Vorjahres inauguriert wurde mit dem Ziel, die vorhandenen Kollektivgüter in "Riesenkolkhosen" und "Agrostädte" umzuwandeln.

Aber auch der "Große Stalin-Aufbau" scheint nicht ganz nach Wunsch zu gehen, denn die Sowjetblätter beschränken sich in ihren Berichten darauf, von der "grenzenlosen Begeisterung" der Volksmassen über den Aufbauplan zu berichten, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre aber wiederholt scharf zur Ordnung zu rufen, weil sie in diesem Zusammenhange ihre Pflichten nicht erfüllen.

Für den beschleunigten Aufbau der zahllosen Projekte im Rahmen des Sonderplanes wurden Sonderkommissionen für Bauprojekte, sogenannte "Strojkas" - das Wort ist abgeleitet von "stroj"-Konstruktion, Fabrikanlage, Maschine - geschaffen. Diese sind zuständig für Auftragserteilung, Ausarbeitung der Detailpläne, Lieferungen, Materialverteilung, Arbeitseinsatz und vor allem für das Tempo der Fertigstellung. Anscheinend begannen die Strojkas schon um die vergangene Jahreswende hinter der Erfüllung ihrer Aufgaben zurückzubleiben. Darum wurden besondere "Kontrolnije Postij", d.h. Kontrollposten oder fliegende Überwachungskolonnen, aus Gewerkschaftsfunktionären gebildet, die an Ort und Stelle die Durchführung der Aufträge der Strojkas überwachen sollten. Wie immer, wenn in der

bürokratischen Wirtschaft der Sowjetunion etwas nicht funktioniert, werden den Kontrolleuren andere Überwachungsorgane auf die Nase gesetzt.

Im Juni ging man laut einer Meldung der "Prawda" dazu über, solche Kontrollnize Postij auch aus Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes und sogar aus dem Redaktionsstab der Zeitungen zu formieren. Diese Verwendung völlig ungeschulter Menschen zur Durchpeitschung eines Planprogrammes erinnert an die gleichartigen Maßnahmen zur gewaltsamen Erzwingung der ursprünglichen Kollektivierung in den Jahren 1929-31; sie ist gewöhnlich ein untrügliches Zeichen dafür, daß in den Plänen etwas schiefgegangen ist und daß eine Krise mit Gewalt überwunden werden soll.

Es fällt auf, daß in den Presseberichten <sup>wohl</sup> von einer Begeisterung der Bevölkerung über das Aufbauprogramm, nichts <sup>aber</sup> über erzielte Fortschritte zu entdecken ist; es gehört sonst zum guten Sowjetton, nicht nur Planerfüllung, sondern in atemraubender Folge gewaltige Plan-Übererfüllung zu melden.

Bereits im Frühjahr kritisierte "Trud", daß die Fabrik "Uralmaschehinsawod" - Fabrik zur Herstellung chemischer Apparate und Maschinerie im Uralgebiet - in Swerdlowsk eine Haltung zu den dort vergebenen Strojka-Aufträgen zeige, die sehr zu wünschen übrig lasse. "Die Fabrikleitung betrachtet die Aufträge nicht länger als dringend; die Kontrollnize Postij haben sich aufgelöst, da die Organisatoren ungenügendes Interesse zeigten", heißt es in dem Bericht. - "Die Fabrikdirektion ist der Ansicht, daß die Strojka-Orders nicht von erster Wichtigkeit seien; darum wird ihre Ausführung verzögert", klagt ein sogenannter "Aktivist" in einem Brief an "Trud" über das Verhalten der Kotowskij-Maschinenfabrik in Kischinew. Aus den weiteren Berichten der folgenden Monate, in denen zahllose Einzelfälle von Gleichgültigkeit und ausgesprochener "Malaise der Langeweile" bei Partei- und Gewerkschaftsfunktionären gegenüber der Strojka-Arbeit angeführt werden, ist klar erkennbar, daß neben dem Gebiet der Agrarproduktion - im Gefolge der neuen Kollektivierungskrise - auch das Gebiet der Industrie und des Industriebaus in der Sowjetunion von einer tiefen Krise ergriffen ist.

Die zur Enttäuschung der Sowjetherrscher fünf Jahre nach dem Kriege eingetretene wirtschaftliche Schwäche des Sowjetsystems, ungefähr zur gleichen Zeit, da die Ströme an Beutegut und Reparationen aus der deutschen Sowjetzone und den Satellitenländern zu versickern beginnen, ist eine mögliche Erklärung für die geminderte Aggressivität der Sowjetaußenpolitik. Diese hat sich nach dem gescheiterten Kriegsexperiment in Korea darauf konzentriert, die "Friedens-Propaganda mit der größten Energie in Gang zu halten und größere Zusammenstöße im Weltmaßstabe zu vermeiden.

Eine freche Provokation

F.B. Als vor wenigen Wochen ein übereifriger Heimleiter eines amerikanischen GYA-Heimes in Fulda einer Falkengruppe die weitere Benutzung der Räume untersagte, weil sie zum Abschluß ihres Gruppenabends die Internationale gesungen hatten, da konnte man diesen Vorfall mit mangelnder Geschichtskennntnis und Übereifer im amerikanischen Kreuzzug gegen den Kommunismus entschuldigen, in dem oft Sozialisten und Kommunisten über einen Kamm geschoren werden. Was sich aber jetzt in Niedersachsen abspielt, das verdient keine Entschuldigung, das ist Böswilligkeit und eine freche politische Herausforderung.

Vor einiger Zeit hatte der niedersächsische Innenminister das Abspielen von nationalsozialistischen Liedern verboten und unter Strafe gestellt. Für die nächste Sitzung des Niedersächsischen Landtages liegen jetzt zwei Anträge vor. Einer ist von je fünf Abgeordneten der FDP, des BHE und der SRP unterschrieben und fordert die Aufhebung dieses Verbotes. Ein zweiter ist von Pastor Schönfelder für die Fraktion der "Niederdeutschen Union" (ODU und DP) unterzeichnet und verlangt, auch die Internationale auf die Liste der verbotenen Lieder zu setzen, obwohl das Verbot sich ausdrücklich auf nationalsozialistische Lieder bezieht.

Hier ist nicht wie im Falle Fulda Aufklärung am Platze, denn es ist schließlich in jedem Konversationslexikon nachzulesen, daß die Internationale nicht in Rußland, sondern in Frankreich entstanden ist, und daß die Internationale schon jahrzehntelang das Lied der freiheitlichen Sozialisten war, bevor es von den Kommunisten okkupiert wurde. Das wissen die Herren von der "Niedersachsen-Union" ebenso gut wie wir. Was sie mit ihrem Antrag bezwecken, das ist eine politische Provokation und es bleibt nur zu hoffen, daß ihnen die gebührende Antwort erteilt wird.

Zu dem ersten Antrag, der sich für die Wiederezulassung von Naziliedern einsetzt, ist wenig zu sagen. Daß die SRP sich dafür ausspricht, ist verständlich, denn als Nachfolgeorganisation der NSDAP kann sie auch nicht auf die ehemaligen "Kampf- und Marschlieder" verzichten. Vertreter von zwei Regierungsparteien unter den Antragstellern zu finden, ist hingegen als ein ernstes Warnzeichen zu werten. Demokratische Lippenbekenntnisse auf der Bundesebene gelten nichts, in der Provinz zeigt man nämlich sein wahres Gesicht.

+   +   +

SPD-Bezirkssekretäre tagten

(sp) Am Freitag und Sonnabend hielten die sozialdemokratischen Bezirkssekretäre im Hause des Parteivorstandes in Bonn eine Arbeitstagung ab, an der sämtliche Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes teilnahmen. Zu Beginn der Konferenz konnte Dr. Schumacher den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, Wilhelm Dittmann, begrüßen, der in diesen Tagen aus der Schweiz nach Deutschland übergesiedelt ist. Wilhelm Dittmann, so sagte Dr. Schumacher, sei ein Stück der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei. Er hoffe, daß Dittmann auch in den kommenden Jahren sein reiches Wissen und seine große Erfahrung der Partei zur Verfügung stellen werde.

Egon Franke, der die Bezirkssekretäre im Auftrag des Vorstandes der SPD begrüßte, betonte, daß die Konferenzen der Bezirkssekretäre für die SPD eine große Bedeutung hätten, da die SPD nur dann ihre Aufgaben erfüllen könne, wenn eine große und lebendige Organisation tätig sei. Auch Dr. Schumacher wies in seinem großen politischen Referat darauf hin, daß die dank der richtigen Strategie und Taktik errungenen politischen Erfolge der Sozialdemokratie und alle ihre weiteren Anstrengungen nicht den gewünschten Enderfolg bringen würden, wenn die organisatorische Untermauerung fehle. Dr. Schumacher warnte davor, die Partei ausschließlich als einen Wahlkampfmechanismus anzusehen. Die Partei werde nur dann stark sein und die ihr gestellten Aufgaben erfüllen, wenn in ihr ein echtes politisches Leben herrsche.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen ging Dr. Schumacher auf die aktuellen politischen Tagesfragen ein und nahm zum Schuman-Plan, zum Pleven-Plan und zu den Washingtoner Beschlüssen Stellung.

Einer regen politischen Diskussion, in der u.a. auch das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften und zu den Soldatenverbänden eingehend behandelt wurde, schloß sich die Beratung von organisatorischen und Finanzproblemen an, über die Egon Franke und Alfred Nau berichteten. Weiter spielten Flüchtlingsfragen und Ostprobleme eine besondere Rolle.